

Herforder Zeitung

Druck und Verlag von Fr. Kuhle in Herford.

für Stadt



und Land.

Geschäftsstelle: Herford, Rennstr. 29/31. Fernruf 83.
Postcheckkonto Hannover 5796.

Die Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis Ausgabe A: 1/4 jährlich 2.40 M., bei Postbezug 2.40 u. Bestellgeld.

Ausgabe B: m. „Aus großer Zeit“ 45 Pf. mehr. Preis der 1/2 Pf. Kleinzeile f. Stadt u. Landkreis Herford, Deynhäusen u. Unt. Rehme 20 Pf. sonst 30 Pf. Reklamen die Zeile 1 M.

General-Anzeiger f. Stadt u. Landkreis Herford

Ämtlicher Anzeiger f. Stadt u. Landkreis Herford

Nr. 21

Herford, Freitag, den 25. Januar

1918

Hertling und Czernin über Krieg und Frieden.

L. H. Berlin, 24. Januar.

Der Hauptausgangspunkt des Reichstages trat heute nachmittags 3 Uhr zusammen. Außer den Mitgliedern waren sehr viele Reichstagsabgeordnete erschienen. Der Reichskanzler Graf Hertling kam in Begleitung der meisten Staatssekretäre und zahlreicher anderer hoher Regierungsbeamter. Er begann sofort nach Eröffnung der Sitzung mit einer Rede und führte aus: Meine Herren! Als ich zum letzten Male die Ehre hatte, vor diesem Ausschuss zu sprechen (es war am 3. Januar), standen wir vor einem — so schien es — in

Brest-Litowsk

eingetretenen Zwischenfall. Ich habe damals die Meinung ausgesprochen, daß wir die Erwidrigung dieses Zwischenfalles in aller Ruhe abwarten sollten. Die Tatsachen haben dem Recht gegeben. Die russische Delegation ist wieder in Brest-Litowsk eingetroffen, die Verhandlungen sind wieder aufgenommen und fortgesetzt worden. Sie gehen langsam weiter und

sind außerordentlich schwierig.

Auf die näheren Umstände, die diese Schwierigkeiten bedingen, habe ich schon voriges Mal hingewiesen. Manchmal könnten in der Tat Zweifel entstehen, ob es der russischen Delegation ernst sei mit den Friedensverhandlungen, und andererseits, die durch die Welt gehen mit höchst gespanntem Interesse, könnten diese Zweifel bestärken. Trotzdem halte ich an der Hoffnung fest, daß wir auch mit der russischen Delegation in Brest-Litowsk demnächst zu einem guten Abschluß gelangen werden. Günstiger stehen unsere Verhandlungen mit den Vertretern der Ukraine. Auch hier sind noch Schwierigkeiten zu überwinden, aber die Aussichten sind günstig. Wir hoffen, demnächst mit der

Ukraine zu Abschlüssen

zu kommen, die im beiderseitigen Interesse gelegen sind. Nach der wirtschaftlichen Seite hin vorteilhaft und. Ein Ergebnis war bereits am 4. Januar, abends 10 Uhr, zu verzeichnen. Die Ihnen allen bekannt ist, hatten die russischen Delegierten schon am 2. Dezember den Vorschlag gemacht, eine Einleitung an sämtliche Kriegsteilnehmer ergoßen zu lassen, sie sollten sich an den Verhandlungen beteiligen. Als Grundlage hatten die russischen Delegierten gewisse Vorschläge allgemeiner Art unterbreitet. Wir haben uns damals auf den Vorschlag, alle Kriegsteilnehmer zu den Verhandlungen einzuladen, eingelassen, jedoch nur unter der Bedingung, daß diese Einladung an eine bestimmte Frist gebunden sei. Am 4. Januar, abends 10 Uhr, war diese Frist verstrichen; eine Antwort war nicht erfolgt.

Das Ergebnis ist, daß wir

der Entente gegenüber

in keiner Weise mehr gebunden

sind, und daß wir die Bahn frei haben für Sonderverhandlungen mit Rußland, und daß wir auch selbstverständlich an jene von der russischen Delegation uns vorgelegten allgemeinen Friedensvorschläge der Entente in keiner Weise mehr gebunden sind. Anstatt der damals erwarteten Antwort, die ausgeblieben ist, sind inzwischen, wie die Herren alle wissen, zwei Rundgebungen feindlicher Staatsmänner erfolgt: die Rede des englischen Ministers Lloyd George vom 5. Januar und die Botschaft des Präsidenten Wilson am Tage danach. Ich erkenne gern an, daß

Lloyd George

seinen Ton geändert hat; er schimpft nicht mehr und scheint dadurch seine früher angezeigte Verhandlungsfähigkeit jetzt wieder nachweisen zu wollen. (Gelächter.) Immerhin aber kann ich nicht zweifeln, wie manche Stimmen aus dem neutralen Ausland, die aus der Rede Lloyd Georges

einen ernstlichen Friedenswillen, ja sogar eine andere Gesinnung herauslesen wollen. Er hat erklärt, er wolle Deutschland nicht vernichten. Er findet sogar Worte der Achtung für unsere politische, wirtschaftliche und kulturelle Stellung. Aber dazwischen fehlt es doch auch nicht an anderen Äußerungen. Dazwischen drängt sich immer wieder die Auffassung durch, daß er über das schuldige, aller möglichen Verbrechen schuldige Deutschland Recht zu sprechen habe, eine Gesinnung, meine Herren, auf die wir uns festzuverlässig nicht einlassen können, in der wir

von ernstem Friedenswillen noch nichts

versuchen können. Wir sollen die Schuldigen sein, über die nur die Entente zu Gericht sitzt. Das nötigt mich, einen kurzen Rückblick auf die dem Kriege vorangegangenen Verhältnisse und Vorgänge zu werfen, auf die Gefahr hin, längst Bekanntes noch einmal zu wiederholen.

Die Aufrichtung des Deutschen Reiches im Jahre 1871 hatte der alten Zersplittertheit ein Ende gemacht. Durch den Zusammenstoß seiner Stämme hatte das Deutsche Reich jene Stellung erworben, die seinen wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen und seinen begründeten Ansprüchen entspricht. (Bravo!) Fürst Bismarck krönte sein Werk durch das Bündnis mit Österreich-Ungarn. Es war ein reines Defensiv-Bündnis, von dem hohen Verbündeten vom ersten Tage an so gedacht und so gewollt. Im Laufe der Jahrzehnte ist niemals auch nur der leiseste Gedanke an einen Mißbrauch zu aggressiven Zwecken aufgetaucht, und besonders zur Erhaltung des Friedens sollte das Defensiv-Bündnis zwischen Deutschland und der eng verbündeten, in alter Tradition durch gemeinsame Interessen mit uns verbundenen Donaumonarchie dienen. Aber schon Fürst Bismarck hatte, wie ihm oftmals vorgeworfen wurde, den Alpdruck der Koalition, und die Ereignisse haben gelehrt, daß dies kein bloßes schmerzhaftes Traumbild war. Mehrfach trat die Gefahr feindlicher Koalitionen, die den verbündeten Mittelmächten drohten, in die Erscheinung, und durch die Einfreisungspolitik Edwards VII. war der Traum der Koalition Wirklichkeit. Dem englischen Imperialismus stand das aufstrebende und expandierende Deutsche Reich im Wege. In französischer Revanche-Sucht, in russischer Expansionsstreberei fand dieser britische Imperialismus nur allzu bereitwillige Helfer, und so bereiteten sich für uns die gefährlichsten Zukunftspläne vor.

Es wäre Pflichtvergessenheit gewesen, wenn Deutschland diesem Spiel ruhig zusehauend hätte; wenn nicht auch wir uns eine Rüstung zu schaffen veranlaßt hätten, die uns gegen die künftigen Feinde zu schützen hatte. Meine Herren! Ich darf vielleicht daran erinnern, daß ich selbst als Mitglied des Reichstages sehr häufig über diese Dinge gesprochen habe und daß ich bei neuen Rüstungsaufgaben stets darauf hingewiesen habe, daß das deutsche Volk, wenn es diesen Rüstungen zustimmte, lediglich eine Politik des Friedens treiben sollte, daß diese Rüstung uns nur ausgenötigt sei zur Abwehr gegen die uns vom Feinde drohende Gefahr. Es scheint nicht, daß diese Worte irgendwo von dem Auslande beachtet worden wären.

Und nun

Elisabeth-Lothringen.

von dem jetzt auch wieder Lloyd George redet. Auch jetzt spricht er wieder von dem Unrecht, das Deutschland im Jahre 1871 Frankreich angetan habe. Elisabeth-Lothringen — ich sage es nicht Ihnen. Sie bedürfen der Belehrung nicht; aber im Auslande, wo man die Dinge immer noch nicht zu kennen — Elisabeth-Lothringen umfaßt bekanntlich zum größten Teil rein deutsche Gebiete, die durch jahrhundertlange fortgesetzte Vergewaltigung und Rechtsbrüche vom Deutschen Reich losgelöst wurden, bis endlich 1789 die französische Revolution

den letzten Rest verschlang. Damals wurden sie französische Provinzen.

Als wir nun im siebziger Kriege die uns freventlich entzogenen Landstriche zurückverlangten, war das nicht Erwerb fremden Gebiets, sondern recht eigentlich, was man heute „Desannexion“ nennt. Und diese Desannexion ist ferner auch von der französischen Nationalversammlung, der verfassungsmäßigen Vertretung des französischen Volkes in damaliger Zeit, am 29. März 1871 mit großer Stimmenmehrheit ausdrücklich anerkannt worden.

Ich komme nunmehr

zu Wilson.

Meine Herren! Auch hier erkenne ich an, daß der Ton ein anderer geworden ist. Es sind nicht weniger als 14 Punkte, in denen er sein Friedensprogramm formuliert.

Der erste Punkt verlangt, es sollen keine geheimen internationalen Vereinbarungen mehr stattfinden. Die Geschichte lehrt, daß wir uns am ehesten mit einer weitgehenden Publizität der diplomatischen Abmachungen einverstanden erklären können. Ich erinnere daran, daß unser Defensiv-Bündnis mit Österreich-Ungarn seit dem Jahre 1889 der Welt bekannt war, während die Offensiv-Abmachungen zwischen den feindlichen Staaten erst im Laufe des Krieges, und zuletzt durch die Enthüllungen der russischen Geheimkassen, das Licht der Öffentlichkeit erblickten. (Sehr richtig!) Auch die Verhandlungen in Brest-Litowsk vor aller Öffentlichkeit beweisen, daß wir durchaus bereit sein könnten, auf diesen Vorschlag einzugehen und die Publizität der Verhandlungen als allgemeinen politischen Grundsatz zu erklären.

Im zweiten Punkte fordert Wilson Freiheit der Meere. Die vollkommene Freiheit der Schifffahrt auf dem Meere in Krieg und Frieden wird auch von Deutschland als eine der ersten und wichtigsten Zukunftsforderungen aufgestellt. Hier besteht also keine Meinungsverschiedenheit. Im hohen Grade aber wichtig wäre es für die Freiheit der Schifffahrt in Zukunft, wenn auf die stark befestigten Flottenstützpunkte an wichtigen internationalen Verkehrsstraßen, wie sie England in Gibraltar, Malta, Aden, Hongkong und den Falklandsinseln und an manchen anderen Stellen unterhält, verzichtet werden könnte.

3. Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken. Auch wir bezeichnen einen Wirtschaftskrieg, der unauflöslich die Ursachen künftiger kriegerischer Verwicklungen in sich tragen würde.

4. Beschränkung der Rüstungen. Wie schon früher von uns erklärt wurde, ist der Gedanke einer Rüstungsbeschränkung durchaus diskutabel.

Die Finanzlage sämtlicher europäischen Staaten nach dem Kriege dürfte einer befriedigenden Lösung den wirtschaftlichen Vorschub leisten. (Sehr richtig!) Man sieht also, meine Herren, über die vier ersten Punkte könnte man ohne Schwierigkeiten zu einer Verständigung gelangen.

Ich wende mich zum fünften Punkte: Schlichtung aller kolonialen Ansprüche und Streitigkeiten. Die praktische Durchführung des von Wilson aufgestellten Grundsatzes der in der Welt Wirklichkeit wird einigen Schwierigkeiten begegnen. Jedenfalls glaube ich, daß es zunächst dem größten Kolonialreiche — England — überlassen bleiben kann, wie es sich mit diesem Vorschlage seines Verbündeten abfinden will.

6. Räumung des russischen Gebietes. Nachdem die Entente Staaten es abgelehnt haben, innerhalb der von Rußland und den vier verbündeten Mächten vereinbarten Frist sich den Verhandlungen anzuschließen, muß ich im Namen der Rechtlichkeit eine nachträgliche Einmischung ablehnen.

7. Die

belgische Frage.

Was die belgische Frage betrifft, so ist von meinem Amtsvorgänger wiederholt erklärt worden, daß zu keiner Zeit während des Krieges die gewalttätige Einverleibung Belgiens in Deutschland Programm- punkt der deutschen Politik gebildet habe. Die belgische Frage gehört zu dem Komplex der Fragen, deren Einzelheiten durch die Friedensverhandlungen zu ordnen sein werden. Solange unsere Gegner nicht rückhaltlos auf dem Standpunkt stehen, daß die Integrität des Gebietes der Verbündeten die einzige mögliche Grundlage von Friedensbesprechungen bieten kann, muß ich an dem bisher stets eingenommenen Standpunkt festhalten und ein Vorwegnahme der belgischen Angelegenheit aus der Gesamtdiskussion ablehnen.

8. Befreiung des französischen Territoriums. Die okkupierten Teile Frankreichs sind ein wertvolles Hauptkapital in unserer Hand. Auch hier bildet die gewalttätige Angliederung keinen Teil der amtlichen deutschen Politik. Die Bedingungen und Modalitäten der Räumung, die den vitalen Interessen Deutschlands Rechnung tragen müssen, sind zwischen Deutschland und Frankreich zu vereinbaren. Ich kann mir nochmals ausdrücklich betonen, daß von einer Abtretung von Reichsgebiet nie und nimmer die Rede sein kann. Das Reichsland, das sich seitdem immer mehr dem Deutschen innerlich angegliedert hat, in dem heute 87 % die deutsche Muttersprache sprechen, werden wir uns von den Feinden unter irgend welchen schönen Redensarten nicht wieder abnehmen lassen. (Beifall. Bravo.)

9., 10. und 11. Italienische Grenze, Nationalitätenfrage der Donaumonarchie, Balkanstaaten. Die enge Verbindung mit der verbündeten Donaumonarchie ist der Kernpunkt unserer heutigen Politik und muß die Richtlinie für die Zukunft sein. Die treue Waffenbrüderschaft, die sich im Kriege so glänzend bewährt hat, muß auch im Frieden nachwirken und so werden wir auch unersetzlich alles daran setzen, daß für Österreich-Ungarn ein Friede zustande kommt, der den berechtigten Ansprüchen Rechnung trägt.

12. Türkei. Die Integrität der Türkei und die Sicherung ihrer Hauptstadt, die mit den Meerengenfragen eng zusammenhängt, sind wichtige Lebensinteressen auch des Deutschen Reiches. Unser Verbündeter kann hierin stets auf unseren nachdrücklichsten Beistand zählen.

13. Polen. Nicht die Entente, die für Polen nur inhaltslose Worte fand und vor dem Kriege nie bei Rußland für Polen eingetreten ist, sondern das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn waren es, die Polen von dem seine nationale Eigenart unterdrückenden zaristischen Regiment befreiten. So muß man es auch Deutschland, Österreich-Ungarn und Polen überlassen, sich über die zukünftige Gestaltung des Landes zu einigen.

Der letzte Punkt behandelt den

Verband der Völker.

Was diesen Punkt betrifft, so stehe ich, wie sich aus meiner bisherigen politischen Tätigkeit ergibt, jedem Gedanken sympathisch gegenüber, der für die Zukunft die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit von Kriegen ausschaltet und das friedliche und harmonische Zusammenarbeiten der Völker fördern will.

Unsere militärische Lage war niemals so günstig, wie sie jetzt ist. (Bravo!) Unsere genialen Seerührer sehen mit unbemerkter Siegesgewissheit in die Zukunft. Durch die ganze Welt, durch Offiziere und Mannschaft, geht angebrochene Kampfesfreude. Ich erinnere an das Wort, das ich am 29. November im Hause sprach: Unsere wiederholte ausgesprochene Friedensbereitschaft, der Geist der Versöhnlichkeit, der aus unseren Vorschlägen spricht, der darf kein Freibrief für die Entente werden, den Krieg immer weiter zu verlängern. Zwingen uns unsere Feinde hierzu, so haben sie die daraus sich ergebenden Konsequenzen zu tragen.

Wenn die Führer der feindlichen Mächte also wirklich zum Frieden geneigt sind, so müssen sie ihr Programm nochmals revidieren oder wie Lloyd George sagte, eine „Rekonfideration“ eintreten lassen. Wenn sie das tun und mit neuen Vorschlägen kommen, dann werden wir sie auch ernstlich prüfen; denn unser Ziel ist kein anderes, als die Wiederherstellung eines dauernden allgemeinen Friedens. Über dieser dauernden allgemeinen Friede ist so lange nicht möglich, als die Integrität des Deutschen Reiches, als die Sicherung seiner Lebensinteressen und die Würde unseres Vaterlandes nicht gewahrt bleiben. Bis dahin heißt es: ruhig zusammen stehen und abwarten. Im Ziele, meine Herren, sind wir alle einig! (Beifalliges Bravo.) Aber die Methoden und Modalitäten kann man verschiedener Meinung sein. Aber lassen wir jetzt alle diese Meinungsverschiedenheiten zurücktreten, streiten wir nicht über Formeln, die bei dem rasenden Lauf der Weltgeschichte immer zu kurz kommen, und besetzen wir über trennende Parteigegensätze hinaus das eine gemeinsame Ziel im Auge: Das Wohl des Vaterlandes! Stehen wir zusammen, Regierung und Volk, und der Sieg wird unser sein! Ein guter Friede wird und muß kommen! Das deutsche Volk erträgt in bewundernswürdiger Weise die Leiden und Kisten des nun in seinem vierten Jahre währenden Krieges. Bei diesen Leiden und Kisten denke ich ganz besonders an die Leiden der kleinen Handwerker und der gering besoldeten Beamten. Aber sie alle, Männer und Frauen, wollen durchhalten und durchhalten. In politischer Hinsicht lassen sie sich nicht von Schlagworten betören, wissen sie zu unterscheiden zwischen den Realitäten des Lebens und glückseligen Träumen. Ein solches Volk kann nicht untergehen. Gott ist mit uns und wird auch ferner mit uns sein! (Beifalliges Bravo!)

Beisprechung.

In der Aussprache nahm als erster das Wort: Hg. Trimbort (Zentr.): Wir können dem Reichs-Kanzler zu. Wenn auch die Auslassungen von Lloyd George und Wilson milder klingen, so sind doch unannehmbar die Forderungen hinsichtlich des Selbstbestimmungsrechtes. Hinsichtlich Belgiens teilen wir die Auffassungen, die v. Kuhlmann am Reichstage kundgegeben hat. In dem Treiben der annerkennungsfähigen Presse erblicken wir eine schwere Schädigung. General Hoffmann war bei den Verhandlungen im vollen Einvernehmen mit der politischen Leitung. Die Frage der Völkerung unseres Vaterlandes zur Demokratie ist mit unverantwortlichem Leichtsinne von einem Teil unserer Presse behandelt worden. Wir halten es für ein Verbrechen, daran zu arbeiten, und erklären es für eine der Lebensfragen Deutschlands, das Bündnis zu erhalten. Der Redner spricht dem Reichskanzler und dem Staatssekretär sein Vertrauen aus.

Hg. Scheidemann (Sog.): Ungehörliches leistet eine gewisse Presse in persönlichen Beschimpfungen. Ebert und ich werden als Landesverräter hingestellt. Im Volke werden Wunderdinge erzählt von der kommenden Offensive; aber angenommen, die militärischen Erfolge träten ein, sie müssen uns keinen Frieden bringen. Wie will man mit Amerika zum Frieden kommen? In Österreich-Ungarn gibt man Deutschland die Schuld, daß es mit den Friedensverhandlungen nicht vorwärts geht. Möge sich die Regierung losmachen von den Einkäufen der Alldeutschen, oder, wenn sie es nicht kann, so gehe sie. Die Rede des Generals Hoffmann, des ausgezeichneten Soldaten und Mannes, war eine Entgegnung. Sie hat die Streikbewegung in Österreich entfacht. Die Wilsonsche Politik bietet in den allerersten Punkten eine geeignete Grundlage zu Verhandlungen. Nur zwei strittige Fragen bleiben übrig: Selbstbestimmungsrecht des Volkes und das Bündnis. Sobald über Belgien Klarheit geschaffen ist, ist auch die selbstbestimmungsrechtliche Frage erledigt.

Hg. Fischel (Volksp.): Die Angriffe der Presse gegen den Staatssekretär von Kuhlmann wegen seines Verhaltens in Brest-Litowsk waren unberechtigt. Die Grundlinien abgemessenen Friedens und Selbstbestimmungsrecht der Völker muß eifrig gewahrt bleiben. Der Ton Wilsons und Lloyd Georges ist ein anderer.

Wir glauben allerdings, daß die Volkshast des Erstgenannten als eine ernstliche Kundgebung zu betrachten ist.

Hg. Dr. Stresemann (natlib.): Wir bedauern, daß er heute geantwortet wird auf Wilsons und Lloyd Georges Reden. Wir sind verpflichtet, für die Integrität der Türkei einzutreten. Auch wir wollen keine Annexion Belgiens, aber wie schon Bethmann erklärt hat, Deutschland darf der flämischen Bewegung auf Selbstbestimmung kein Hindernis entgegenstellen. Wir streben ein engeres militärisches und wirtschaftliches Verhältnis zu den sich im Osten bildenden Staaten.

Darauf tritt Vertagung ein. — Nächste Sitzung Freitag vormittag.

Gzernins Erklärungen.

Wien, 24. Jan. (Meldung des Wiener f. und f. Korresp.-Bureaus.) Im Ausschuss für Aussenwese hielt heute der Minister des Aussenwese Graf Czernin in der österreichischen Delegation eine Rede, in der er eingangs betonte, daß jene, welche den Verlauf der Verhandlungen anscheinend zu langsam fanden, sich auch nicht gütig über eine Vorstellung von den Schwierigkeiten machen könnten, die zu überlegen seien. Niemals hätten Friedensverhandlungen bei offenen Feindlichkeiten stattgefunden und es sei ganz ausgeschlossen, daß Verhandlungen von Umfang und Tiefe der jetzigen gütig und ohne Schwierigkeiten verlaufen könnten. Wenn, fuhr der Minister fort, das Ergebnis der verschiedenen Verhandlungsstadien in die Welt hinaus telegraphiert wurde, so müßte es, darüber waren wir uns von vornherein klar, die Öffentlichkeit aufpeitschen. Wenn wir trotzdem dem Wunsch der russischen Regierung nach dieser Veröffentlichung sofort stattgaben, so geschähe dieses, weil wir nichts zu verbergen hätten. Die Basis, auf der Österreich-Ungarn mit den verschiedenen neu entstandenen russischen Reichen verhandelt, ist die ohne Kompensationen und ohne Annexionen. Das war mein Programm schon vor einem Jahre, und ich habe der Öffentlichkeit niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß ich mich nie von diesem Wege abbringen lassen würde. Ich verlange

keinen Quadratmeter und keinen Kreuzer von Rußland, und wenn, wie es scheint, Rußland auf dem gleichen Standpunkt steht, dann muß der Friede zustandekommen. Wenn unsere russischen Kompagnanten von uns eine Gebietsabtrennung oder eine Kriegsschädigung verlangten, so würde ich den Krieg fortsetzen trotz des Friedenswunsches, den ich genau so gut habe, wie Sie; oder ich würde zurücktreten, wenn ich mit meiner Ansicht nicht durchdringen könnte.

Der Minister besprach dann die zwei größten Schwierigkeiten, welche die Gründe enthielten, warum die Verhandlungen nicht so schnell vorwärt, wie alle wünschen. Die erste Schwierigkeit sei, daß mit verschiedenen neu entstandenen russischen Reichen statt mit einem russischen Kompagnanten verhandelt werden müsse. Es kämen hier in Betracht: das von Petersburg geleitete Rußland und unser eigentlicher Nachbar, die große Ukraine, Finnland und der Kaukasus. Diesen vier russischen Kompagnanten standen die vier Mittelmächte gegenüber. Wir, fuhr der Minister fort, haben es in erster Linie mit der großen Ukraine zu tun, mit der wir uns auf der vorerwähnten annerkennungsfähigen und kompensationslosen Basis einigten. Wir sind uns in großen Fragen aber auch darüber klar geworden, daß auch die Handelsbeziehungen mit der entstandenen Republik wieder aufzunehmen seien.

Die zweite Schwierigkeit ist unzulänglich die Meinungsdivergenz.

unseres deutschen Bundesgenossen und der Petersburger Regierung

über die Interpretation des Selbstbestimmungsrechtes der russischen Völker der von den deutschen Truppen besetzten Gebiete. Diese Meinungsdivergenz ist eine doppelte, denn Deutschland steht auf dem von der russischen Regierung vorerz noch abgelehnten Standpunkt, daß die zahlreich erfolgten Willensäußerungen nach Selbständigkeit und

Unabhängigkeit seitens geziehender Körperschaften und in den besetzten Provinzen als provisorische Grundlage für die Volksmeinung zu gelten haben, die nachher durch ein Volksvotum auf breiter Basis zu überprüfen seien. Zweitens besteht die Meinungsdivergenz in dem Verlangen Rußlands, daß dieses Volksvotum erst nach dem Rückzug sämtlicher deutscher Truppen und Verwaltungsorgane aus den okkupierten Provinzen stattfinden, während Deutschland darauf hinweist, daß eine solche Enklave ein Vakuum schaffen würde, das den Ausbruch vollständiger Anarchie und größter Not hervorriefe. Die plötzliche Zurückziehung des von den Deutschen geschaffenen großen Apparates, der in den okkupierten Gebieten das staatliche Leben ermöglicht, erscheint praktisch unhaltbar. In beiden Fragen muß ein Mittelweg gefunden werden. Meiner Meinung nach sind die Differenzen bei beiden Standpunkten nicht groß genug, um ein Scheitern der Verhandlungen zu rechtfertigen. Sind wir erst mit den Russen zum Frieden gekommen, so ist meines Erachtens der allgemeine Frieden nicht mehr lange zu verhindern, trotz aller Anstrengungen des westlichen Entente-Kabinetts.

Frucht des allgemeinen Friedens ist meiner Ueberzeugung nach im Reinen begriffen.

und es ist nur eine Frage des Durchhaltens, ob wir einen allgemeinen ehrenvollen Frieden erhalten oder nicht. Hieran hat mich das von Wilson an die ganze Welt gerichtete Friedensangebot tiefgefällt, in dem ich eine bedeutende Annäherung an den österreichisch-ungarischen Standpunkt finde. Unter seinen Vorschlägen sind einzelne, denen wir sogar mit großer Freude zustimmen könnten. Auf diese Vorschläge erlaube ich zunächst, daß ich getreu den übernommenen Bündnispflichten für die Verteidigung der Bundesgenossen bis zum äußersten zu kämpfen, fest entschlossen bin. Den vorkriegsständigen Befehlstand unserer Bundesgenossen, wie den eigenen zu verteidigen, ist der Standpunkt innerhalb der vier Verbündeten der vollständigen Reziprozität. Die Ratschläge, wie wir bei uns im Innern zu regieren haben,

muß ich höflich, aber entschieden ablehnen.

Unter Parlament zusammen mit den übrigen verfassungsmäßig berechtigten Faktoren hat allein über interne Angelegenheiten in Österreich zu entscheiden.

Meine Arbeit gilt dem Frieden mit der Ukraine und mit Petersburg. Der Friede mit Petersburg ändert an unserer definitiven Lage nichts. Der Friede mit Petersburg wird uns dem allgemeinen Frieden näher bringen. Dem Frieden mit der Ukraine wünsche ich, weil sie Lebensmittel exportieren wird, wenn wir handelsmäßig werden. Die

Nahrungssfrage

ist heute eine Weltfrage nicht nur bei unseren Gegnern und bei den Neutralen, sondern auch bei uns. Meine Pflicht ist es, alles zu versuchen, der notleidenden Bevölkerung das Ertragen der Entbehrungen zu erleichtern, und deswegen verzichte ich nicht auf den Vorteil, den Frieden wenn möglich im Tage und Wochen früher zu schließen. Ein solcher Friede braucht keine Zeit, denn der Friedensschluß muß feststellen, ob, was und wie der ukrainische Kompagnant liefern wird. Die ungeklärten Verhältnisse in diesen neu entstandenen Reichen bilden eine große Erschwerung und Verzögerung der Friedensverhandlungen. Wenn Sie uns in den Rücken fallen und mich zu dem Abschlusse Hals über Kopf zwingen, dann geht unsere Bevölkerung des Vorteils aus einem Friedensschluß verlustig. Es handelt sich nicht mehr in erster Linie um die Beendigung des Krieges an der ukrainischen Front, denn dieser ist menschlicher Berechnung nach überhaupt zu Ende, da weder die Ukraine noch wir den Krieg fortzuführen beabsichtigen und uns auf der annerkennungsfähigen Basis einig sind. Wir sind in keiner Lage, in der wir lieber heute einen schlechten Friede

den ohne wirtschaftliche Vorteile, als morgen einen guten mit wirtschaftlichen Vorteilen schließen müssen. Die Nahrungsschwierigkeiten entspringen letzten Endes nicht dem Mangel an Nahrungsmitteln, sondern der zu erhebenden Kosten, Transport- und Organisationskosten. Mit Streiks schneiden wir uns in eigene Fleisch und beschleunigen durch solche Mittel den Frieden nicht.

Wenn Sie eine Regierung hätten, die aus Überlegungsabsichten den Krieg verlängert, so würde ein Kampf des Hinterlandes gegen die Regierung von dessen Standpunkt aus verständlich sein; da aber die Regierung genau das gleiche will, wie die Majorität der Monarchie, das heißt die baldige Erreichung eines ehrenvollen Friedens ohne annerkennungsfähige Ziele, so wäre es wahrscheinlich, ihr in den Rücken zu fallen.

Entweder haben Sie Vertrauen zu mir, die Friedensverhandlungen weiter zu führen — dann müssen Sie mir helfen —, oder Sie haben es nicht, dann müssen Sie mich stürzen. Es soll die Vertrauensfrage vorgelegt werden, und wenn die Mehrheit gegen mich ist, so bin ich sofort bereit, daraus die Konsequenzen zu ziehen. Mich hält nichts an diesem Plaze, als das Pflichtgefühl, solange zu bleiben, als ich das Vertrauen des Kaisers und der Majorität der Delegationen habe. Kein Minister des Aussenwese aber kann Verhandlungen von dieser Tragweite führen, wenn er nicht weiß, wenn nicht alle Welt weiß, daß er durch das Vertrauen der Majorität der Verfassungskorporationen getragen ist. Es geht ums Ganze. Sie haben Vertrauen oder Sie haben es nicht. Sie müssen mir helfen oder mich stürzen. Ein drittes gibt es nicht. Ich bin zu Ende.

Pressestimmen zur Kanzlerrede.

In Berlin, 25. Jan. Die „Germania“ schreibt: Die heutige Kanzlerrede im Reichstagsauschuss hat keine Ueberbahrung gebracht. Die Reichsregierung kann nicht daran denken und denkt tatsächlich nicht daran, eine Verleumdungspolitik nach alldemselben Rezept zu machen. Das lenkt zwischen den Zeilen der heutigen Kanzlerrede unverkennbar hervor. Es war nur ein Akt der Gerechtigkeit gegenüber der Auerstörferpolitik der Annerkennung, wenn aus den Reihen der Mehrheit später in der Aussprache dem Kanzler und Herrn von Kuhlmann das volle Vertrauen zu ihrer Arbeit zum Ausdruck gebracht wurde.

Der „Total-Anzeiger“ schreibt: Die Rede Hertings verleiht auch diesmal nicht den abgeklärten Geist, den durch nichts in seiner ruhigen Haltung zu erschütternden Staatsmann, der den ungewissen Schicksalen der Zeit vor allem durch eine maßvolle Festigkeit Trotz bieten will, der aber formenlos, über Ausfertigkeiten nicht stolzt, wo das Wohl und Wehe seines Volkes auf dem Spiele steht, der nichts zerbrehen kann, solange er hoffen kann, durch Biegbarkeit sein Ziel zu erreichen.

Im „Vorwärts“ heißt es: Wenn die Friedensfreunde des Auslandes in der Rede Hertings den Versuch sehen werden, sich Amerika anzunähern, so haben sie nicht ganz unrecht. Und wenn die Kriegsbegeisterer sagen, daß es noch immer eine heile Sache mit dem Frieden ohne Annexionen sei, so haben sie auch nicht ganz unrecht.

„Berliner Tageblatt“: Daß die Rede des Grafen Hertling allein das Friedenswunder herbeizubringen könnte, glauben wir nicht, aber vielleicht erhält sie durch die Rede des Wiener Staatsmannes Fingelkraft, vielleicht — man kann es nicht wissen — führt Graf Czernin, letzter belastet, den Grafen Hertling mit aus Ziel.

Die „Vossische Zeitung“ schreibt: Daß seine Rede nichts über die russischen Verhandlungen enthält, ist angesichts der nahe bevorstehenden neuen Verhandlungen in Brest-Litowsk ein recht bedauerlicher Fehler.

nach so still saß. Es kamen auch andre Gedanken. Fort wollte er, der Bub! Allein! Auseinander mußten sie! Ja, ja, freilich, allein kam er eher unbemerkt durch die Welt. Ja freilich! Aber auseinander!

Faulch zuckte zusammen. Den Buben nicht mehr um sich haben, nicht mehr sehen den — in dem — die Maria noch immer am Leben hatte! — Es litt ihn nicht mehr auf seinem Sitz. Er stand auf und schritt hin und her. Hergeben — den — den Bub! — Der Gedanke weckte wieder den seltsamen Hunger nach Kain in ihm. Es trieb ihn an die Tür, damit er ihn sehe.

Der Bub schlichete drüben neben der Stalltür schwere Holzschere aufeinander, von denen ein wirrer Haufen am Boden lag. Emfiz und ohne Umsehen tat er seine Arbeit.

In diesem Augenblick kam vom Gasthaus her die Vinzenze gegangen. Der Schmied trat unwillkürlich hinter die Türwand, daß sie ihn nicht bemerkte. Von dorthin spähte er noch immer nach Kain hinüber.

Die Vinzenze näherte sich zögernd, sah sich um, ob niemand in der Nähe sei, dann trat sie hinter den in seine Arbeit vertieften Burschen, ehe er ihr Kommen bemerkte hatte.

„Den ganzen Morgen bist nicht gekommen,“ sagte die Vinzenze zu Kain. Den Gruß hatte sie vergessen. Sie war sonst keine zum Kopfhängen und keine, die sich viel Gedanken machte. Jetzt sah sie still und ernst darein.

„Du?“ sagte Kain, nach ihr sich umwendend. Dann wußte er nicht fortzufahren, nahm Scheit um Scheit und legte sie auf die Schicht.

„Ich weiß schon, warum,“ sagte die Vinzenze. An die Holzschicht gelehnt, sah Kain sie an. Nach einer kleinen Pause sprach sie weiter. „Sie haben es erzählt, was du für einen Namen hast. Jetzt — darum kommst nicht mehr, geh!“

(Fortsetzung folgt.)

Stephan, der Schmied.

Novelle von Ernst Zahn.

18) Nachdruck verboten.

Am andern Morgen war Hallheimer schon südwärts gefahren, als Kain aus der Milchhütte heraustrat und drei am Hause beschäftigten Kerne aus dem Hof in die Hände lief. Es fiel ihm auf, daß sie mit den Blicken nicht von ihm loskamen, dabei dies und jenes Wort einander hinwarfen und nachher lachten, als lachten sie über ihn. Er grüßte sie, hielt an und sagte ein: „Schon fleißig, so früh?“

Sie schenken einander mit dummen Gesichtern an. Einer aber, ein Grecher, der hinter sich am Boden schon in dieser Frühstunde die Brantweinflasche stehen hatte, sagte: „Du — einen schönen Namen hast eigentlich du!“

Dann lachten sie wieder und lauter. „Namen?“ — flötete Kain. Er wußte im Augenblicke nicht, was sie meinten; aber plötzlich schoß ihm das Blut zu Gesicht. Den langen Weg von Walthelm bis hier herauf hatte die Nachricht von seiner Schande getan! Er wußte kein Wort mehr zu sagen, nicht einmal ansehen konnte er die drei. Mit gesenktem Kopf schlich er fort.

Eine Weile darauf stand er in der Werkstat, wo Faulch neuen Aufsehnsvorrat für den Sommer schmiedete. Dieser hatte ihn nicht kommen hören, entdeckte ihn, sich umwendend, zufällig, wie er, den Kopf auf der Brust und die Arme schlaff herabhängend, in einer Ecke stand. „Was ist denn?“ fragte er.

Da blickte Kain auf. Sein Gesicht zuckte. „Jetzt wissen sie hier — alles wissen sie,“ sagte er langsam.

Faulch ließ den Hammer los. „Was wissen sie?“ fragte er.

„Den — meinen Namen.“

Der Jähzorn sprang den Schmied an. „Ich will gerne sehen, wer dich anders heißt als Franz hier.“

„Ich will gehen, Vater,“ sagte Kain. „in die Welt — da ins Wilsche hinab oder — will ich gehen.“

„Nartheit!“ fuhr Faulch auf. „Mach dich an die Arbeit. Tritt mir den Balg da!“

Der Bub gehorchte ohne Widerrede. „Am Abend können wir es besprechen,“ sagte er nur noch. Dann tat er, was der Vater ihn geheißen. Sein Entschluß, fortzugehen, stand fest. Aber es schien ihm ein schweres Ding. Er wirgte ein Schluchzen hinunter, das ihn antommen wollte. Der Schmied arbeitete, als warteten hundert Pferde vor der Tür auf die Eisen, die er schmiedete. Plötzlich richtete er sich auf, warf das Werkzeug weg und wies Kain weitere Arbeit an. Er selbst ging hinaus, ohne zu sagen, wohin. Draußen wendete er sich dem Gasthaus zu und trank, was er hie und da tat, in der Knechtstube ein Glas. Dabei gewahrte er, was er erwartet hatte: sie schauten ihn mit andern Blicken an als gestern. Stimmen, auf den er traf, fragte, warum der Bub nicht herüberkomme. Dann fügte er mit halb spöttischem, halb zornigem Blick hinzu: „Allerlei erfahren habe ich von Euch und dem — dem Franz. Gerade glimpflich seid ihr nicht umgegangen mit dem seinerzeit.“

Faulch wollte fragen, woher er das wisse, dann fiel ihm Hallheimer von selber ein und wie es ein Wander war, daß die auf dem Welschberg nicht schon früher Kains Namen und Geschichte erfahren. Er gab dem Wirt nicht Bescheid, sah verstockt in sein Glas, trank es in einem Zuge leer, murmelte etwas, was Stimmen nicht verstand, und trollte sich. Eine Weile später trat er wieder in die Werkstat, wo Kain noch immer beschäftigt war. Er grüßte nicht, ging planlos einmal auf und nieder, den Blick auf die Werkbänke gerichtet, wie wenn er etwas suchte. Dann sagte er ungeduldig, als ob er

ihn schon einmal fortgeschickt hätte, zu Kain: „Geh jetzt du!“

„Wohin?“

„Kannst nicht das Holz aufschichten, das sie gestern abgeladen haben?“ murmelte er. Da wandte sich Kain und ging hinaus.

Stephan Faulch stand einen Augenblick und sah auf die Hintertür, durch die der Bub hinausgetreten war; dann setzte er sich auf den Amboß, legte die Ellbogen auf die Knie und starrte mit vorgebeugtem Kopf auf den Boden. Eine dürftige, durch den breiten Werkstatteingang quellende Helle traf ihn und hob ihn und seinen Sitz sonderbar aus der Därftheit des übrigen Raumes heraus. Er saß so ohne Bewegung da und war von den ungelungen Schlägen bis zum schwarzen wolligen Scheitel eine so dunkle Gestalt, daß nicht leicht zu sehen war, wo das Eisen seines Sitzes aufhörte und der lebendige Mensch anfing und ob nicht das Ganze eine eiserne Statue war. Auch hatte ihm keiner angesehen, das es in ihm wühlte und arbeitete und stritt.

Aber Stephan Faulch sann. Da war es gekommen, die lange Straße von Walthelm herauf in den Berg, das Lästern, dem sie hatten ausweichen wollen. Gerade so gut wie hierher konnte dieses Maulen und Klaffen ihn durch die ganze Welt nachreisen, dem Kain. Da war kein Ausweichen! Daß er das sein ganzes Leben lang hinter sich her hat, daran bist du schuld, Stephan Faulch! Aber haba, recht ist es, ganz recht! Dich haben sie auch nicht gefragt, ob du es gern hast, als dir die Maria — haba! So soll er es auch haben, der Sünderbub, den Sündernamen! Wußt ihn haben!

Es war der alte Kampf zwischen Trost, Starrsinn und dem andern, dem Mitleid mit dem Buben, der in Faulch wieder anob. Nur war der Kampf noch nie so schlimm gewesen. Das rang miteinander und riß den starken Menschen hin und her wie ein Rohr, ob er auch augen

Bericht
M. B. Gro
Wesl
Reine bejonde
Nege Erbu
an vielen Stellen
Koffinghe-Staden

Defiti
Nichts Neues.
M
In einzelnen
Südwestlich
Bortof.

Die Lage ist
Der Ers
Der

Wid. Berlin
erfolge auf dem n
Die Mehrzahl der
im Terminal
nahm jeder Art
dah im östlichen
Gesellschaft
wurde, war allem
mit Kriegsmaterie
Der

Direkte Ser
gefang
Ruf

W. Berlin
Union“ hört, haben
ungarisch-russischen
ersten Erfolg geze
werden von jetzt an
durch das neutral
allmählich eine
Ueber die Lage
daß die Kämpfe
Konstituante absp
waren. Die Mag
noch fest auf die
die Gegenrevolution
kräfte.

Die Kämpfe ge
Oberbefehlshaber d
Dubens ermann.
ihre Stellungen an
glick nach dem Y
der Regierung
Gensjo wollen sich
Kenne ihnen an
Kamarisch der Russ
Auch die Kämpf
bauern an und nach
Anfang an. Die
ungünstigen Verla
mit 22 Geschützen,
großen Anzahl and

Nach der Besarab
sant. Die von
Truppen trafen auf
von ihnen geschlage
der Nähe von Kinn
heilige Kämpfe zw
Rosten und Kalk
Vorteil der maxime

Russisch
W. Stockholm,
meldet, was, kam ei
Kernon zwischen den
russischen Soldaten
Verwundete gab,
gegen das Matrosen
ionen fest, die sp
übrigen Rußland e
gößerer Unruhe.
den Palast des Ge
gations-Schule beset
finnische Gardam
gen. Russische Trup
Kellingfors in nörd
die russischen Un
gierung ihre Neutr
die unerhört zun
daten aus Finnland

Der österreich
Wien, 23. Jan.
beiderzeitung“ wurde
heran von Erz, em
kam auf das bestim
Reihen ebenso wenig
die das Friedensver
wunsch ist allgemei
im Westen, noch ein
Großbritannien und
Osten liegt es
gibt es Schwierigkeit
einige Gebuld erford
biete zum Beispiel
sein muß. Es bestoh
teils von Truppen
Auch bietet der ha
keine Gewähr, daß
auf eigene Faust die
wie Marckwre schelt

Wien, 23. Jan.
beiderzeitung“ wurde
heran von Erz, em
kam auf das bestim
Reihen ebenso wenig
die das Friedensver
wunsch ist allgemei
im Westen, noch ein
Großbritannien und
Osten liegt es
gibt es Schwierigkeit
einige Gebuld erford
biete zum Beispiel
sein muß. Es bestoh
teils von Truppen
Auch bietet der ha
keine Gewähr, daß
auf eigene Faust die
wie Marckwre schelt

Wien, 23. Jan.
beiderzeitung“ wurde
heran von Erz, em
kam auf das bestim
Reihen ebenso wenig
die das Friedensver
wunsch ist allgemei
im Westen, noch ein
Großbritannien und
Osten liegt es
gibt es Schwierigkeit
einige Gebuld erford
biete zum Beispiel
sein muß. Es bestoh
teils von Truppen
Auch bietet der ha
keine Gewähr, daß
auf eigene Faust die
wie Marckwre schelt

Wien, 23. Jan.
beiderzeitung“ wurde
heran von Erz, em
kam auf das bestim
Reihen ebenso wenig
die das Friedensver
wunsch ist allgemei
im Westen, noch ein
Großbritannien und
Osten liegt es
gibt es Schwierigkeit
einige Gebuld erford
biete zum Beispiel
sein muß. Es bestoh
teils von Truppen
Auch bietet der ha
keine Gewähr, daß
auf eigene Faust die
wie Marckwre schelt

Wien, 23. Jan.
beiderzeitung“ wurde
heran von Erz, em
kam auf das bestim
Reihen ebenso wenig
die das Friedensver
wunsch ist allgemei
im Westen, noch ein
Großbritannien und
Osten liegt es
gibt es Schwierigkeit
einige Gebuld erford
biete zum Beispiel
sein muß. Es bestoh
teils von Truppen
Auch bietet der ha
keine Gewähr, daß
auf eigene Faust die
wie Marckwre schelt

Wien, 23. Jan.
beiderzeitung“ wurde
heran von Erz, em
kam auf das bestim
Reihen ebenso wenig
die das Friedensver
wunsch ist allgemei
im Westen, noch ein
Großbritannien und
Osten liegt es
gibt es Schwierigkeit
einige Gebuld erford
biete zum Beispiel
sein muß. Es bestoh
teils von Truppen
Auch bietet der ha
keine Gewähr, daß
auf eigene Faust die
wie Marckwre schelt

Vericht des Hauptquartiers!

23. Großes Hauptquartier, 24. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.
Nege Gefandtschaftigkeit ungerer Infanterie brachte an vielen Stellen der Front Gefangene ein. An der Bahn Hossinghe-Staden wurden 6 Maschinengewehre erbeutet.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.
Mazedonische Front.
In einzelnen Abschnitten Artillerietätigkeit.
Südwestlich vom Doiran-See scheiterte ein englischer Vorstoß.

Stalienische Front.

Die Lage ist unverändert.
Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der U-Boot-Bericht.

23. Berlin, 23. Jan. (Anschl.) Neue U-Boots-erfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz 18 000 BRT. Die Mehrzahl der Schiffe, die tiefbeladen waren, wurde im Mittelmeer trotz starker feindlicher Abwehrmaßnahmen jeder Art versenkt. Eines der vernichteten Schiffe, das im östlichen Mittelmeer aus einem durch zahlreiche Seeterroristen geschützten Geleitzuge herausgeschossen wurde, war allem Anschein nach ein Transportdampfer mit Kriegsmaterial.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Direkte Sendungen an die Kriegs-gefangenen in Rußland.

Russische Ueberläufer.

23. Berlin, 24. Jan. Wie die „Telegraphen-Union“ hört, haben die Arbeiten der deutsch-russischen ungarisch-russischen Kommission in Petersburg einen ersten Erfolg gezeitigt. Sendungen für Kriegsgefangene werden von jetzt ab direkt über die Front und nicht mehr durch das neutrale Ausland geleitet werden. Es findet allwöchentlich eine Sendung statt.
Ueber die Lage in Petersburg erfährt man weiterhin, daß die Kämpfe, die sich anlässlich der Auflösung der Konstituante abspielten, von nur geringem Umfange waren. Die Maximalisten können sich bis jetzt immer noch fest auf die Petersburger Garnison verlassen, und die Gegenrevolution verfügt nur über schwache Streitkräfte.

Die Kämpfe gegen die Ukrainer dauern an. Zum Oberbefehlshaber der inneren Front wurde der Major Dubenko ernannt. Die russische 8. Armee beabsichtigt, ihre Stellungen an der Front zu verlassen und aber gleich nach dem Norden durchzuziehen oder aber sich der Regierung in Charkow zur Verfügung zu stellen. Ebenso wollen sich immerhin drei Armeekorps der 9. Armee ihnen anschließen. Die Ukrainer versuchen, den Komarsch der Russen zu verhindern.
Auch die Kämpfe zwischen Russen und Rumänen dauern an und nahmen letzten in Galizien einen größeren Umfang an. Die Kämpfe nahmen einen für die Russen ungünstigen Verlauf. Daraufhin gingen 3200 Russen mit 22 Geschützen, 23 Feldgeschützen, 700 Pferden und einer großen Anzahl anderer Gefährte und Kriegsmaterial zu uns über.

Auch nach Bessarabien haben die Rumänen Truppen entsandt. Die von Tschirchjew geführten rumänischen Truppen trafen auf maximalistische Truppen und sollen von ihnen geschlagen worden sein. Der Kampf fand in der Nähe von Kischinew statt. Bei Targu Jovan fand heftige Kämpfe zwischen maximalistisch gestimmten Kuban-Rojaken und kaledonischen Don-Rojaken statt, die zum Vorteil der maximalistischen Rojaken endigten.

Russisch-finnische Zusammenstöße.

23. Stockholm, 24. Jan. Wie aus Savaranda gemeldet wird, kam es in der Nacht auf den 22. Januar in Zernon zwischen bewaffneten Finnen und einer Abteilung russischer Soldaten zu einem Gefecht, bei dem es mehrere Verwundete gab. Die Russen stellten Maschinengewehre gegen das Rathaus auf und nahmen eine Anzahl Personen fest, die später wieder freigelassen wurden. Im übrigen Finnland erwartet man über den Ausbruch größerer Unruhen. In Helsinki hält die Rote Garde den Palast des Generalgouverneurs, in Åbo die Navigations-Schule besetzt. In Ostersund begann die neue finnische Gendarmerie angeblich bereits größere Unruhen. Russische Truppen, darunter Kavallerie, gingen von Helsinki in nördlicher Richtung ab. Angeblich sicherten die russischen Militärkommissare der finnischen Regierung ihre Neutralität zu. „Schwedisch“ sagt aber die unehört zunehmenden Delegationen russischer Soldaten aus Finnland.

Der österreichische Generalstab schief an die Arbeiter.

23. Wien, 23. Jan. Der Kriegsberichterkatter der „Arbeiterzeitung“ wurde vom Chef des Generalstabes, Freiherrn von Arz, empfangen. Dieser erklärte ihm: Ich kann auf das bestimmteste versichern, daß es in unseren Reihen ebenso wenige wie in Kreisen der Regierung gibt, die das Friedensverbot vergrößern möchten. Der Friedenswunsch ist allgemein. Niemand denkt an Eroberungen und Annexionen, während unsere Gegner, besonders die im Westen, noch einigermassen davon entfernt sind, auf Eroberungen und Annexionen zu verzichten. Im Osten liegt es einigermassen anders, aber da gibt es Schwierigkeiten technischer Natur, deren Behebung einige Geduld erfordert. Die Räumung der besetzten Gebiete zum Beispiel ist eine solche, die sehr genau erwogen sein muß. Es besteht für diese Gebiete, wenn sie beiderseits von Truppen entblößt werden, wirklich Gefahr. Auch bietet der heutige Zustand der russischen Armee keine Gewähr, daß sich Horden von ihr absplündern und auf eigene Faust die verlassenen Gebiete besetzen und dort wie Marschälle schalten. Dazu kommt noch, daß wir sehr

bedeutende Summen und Werte in diesen Gegenden investiert, Eisenbahnen bauen usw. Wir haben dort auch große brachliegende Flächen unter Anbau genommen, und unsere Ernährung ist zum größten Teil auf die besetzten Gebiete angewiesen. Alles das muß natürlich in Ordnung gebracht werden. Ich zweifle nicht, daß es gelingen wird, hierüber zu einer Einigung zu kommen. Der gute Wille ist auf beiden Seiten vorhanden. Die Schwierigkeiten sind nicht unüberwindlich. Nur etwas Geduld muß die Bevölkerung haben und darf nicht gleich nervös werden, wenn die Verhandlungen gelegentlich Gegenstände in den Meinungen ergeben.

England über den Streik in Oesterreich.

23. London, 24. Jan. „Manchester Guardian“ sagt in einem Leitartikel zu dem Zustande in Oesterreich, dies sei die erste große Bewegung dieser Art, wie die Welt sie bisher mit Ausnahme von Rußland noch nicht gesehen habe. Es seien übrigens untrügerische Anzeichen dafür vorhanden, daß der österreichischen Regierung, die wegen der militärischen Forderungen der Deutschen in West-Polen in Verlegenheit gekommen sei, dieser Zustand nicht unwillkommen sei. Wahrscheinlich würden die gemäßigten Elemente in der deutschen Regierung, die in der letzten Zeit mit ihren Gegnern gerungen hätten, von österreichischer Seite unterstützt. Die Gefahr, welche die österreichische Regierung gefahren habe, seien ihr offenbar längst über den Kopf gewachsen. Die Vorgänge in Oesterreich könnten von entscheidender Bedeutung werden.

„Westminster Gazette“ schreibt: Wer den Ereignissen gefolgt ist und die Meinungsveränderungen beobachtet hat, die immer wieder zwischen Oesterreich und Ungarn über Fragen der Verproviantierung der beiden Länder ausgetauscht, kann gar nicht darüber am Zweifel sein, daß die neue Bewegung durchaus echt ist. Die Bevölkerung der beiden Länder wünscht leidenschaftlich den Frieden, aber abgesehen davon ist es durchaus nicht ausgeschlossen, daß die österreichische Regierung diese Volksbewegung stillschweigend duldet, wenn nicht gar ermutigt, um so einen Druck auf die Militärpartei in Berlin auszuüben. Oesterreich-Ungarn ist ernstlich entsetzt über die Maßnahmen des Generalstabes Goffmann und Konforten und soll wie man hört, deutlich zum Ausdruck gebracht haben, daß es nicht gewillt sei, für die Folgen dieser Arbeit-reisen den Kopf in die Schlinge zu stecken. Oesterreich-Ungarn will dringend den Frieden, hauptsächlich im Hinblick auf baldige Nahrungsmittelzufuhr aus der Ukraine, aber Deutschland will etwas ganz anderes und es ist entschlossen, sein Ziel zu erreichen.

Tschechische Hochverräter.

23. Wien, 24. Jan. Vierundzwanzig deutsche Abgeordnete haben, H. „Post“, im Reichsrat eine Interpellation eingebracht, die sich mit der an das französische Volk gerichteten Broschüre „Tschekische Verräter“ und der in London erschienenen Schrift „Bohemia's Case for Independence“ befaßt. Verfasser der beiden Schriften ist Dr. Eduard Benesch, ehemals Privatdozent für Soziologie an der tschechischen Universität in Prag. In diesen Broschüren gesteht Benesch mit geradezu gähnender Offenheit im Laufe des Krieges von tschechischen Regimentsbegangenen Hochverrätern ein. Er macht keinen Hehl daraus, daß sie die Reihen der Armee verlassen haben, um der Entente zum Siege zu verhelfen, aus deren Händen die Tschechen sich dann das heil ersehnte Geschenk des tschechisch-slowakischen Staates holen wollten. Unfähig, aus Mangel an genügender Vorbereitung eine regelrechte Revolution herauszubekommen, bediente man sich des Hilfsmittels des positiven Widerstandes. Dazu gehörte, daß alle tschechischen politischen Parteien entschlossen waren, Oesterreich keine Treue mehr zu halten, daß die Zeitungen trotz der Zensur feindselige Artikel brachten, daß die Bevölkerung keine Kriegsanleihe zeichnete und es unterließ, der Regierung Lebensmittel zu liefern. Die tschechischen Soldaten aber — und das bezeichnete Dr. Benesch als den wichtigsten Dienst für die Entente — weigerten sich systematisch, zu marschieren und für die Monarchie zu kämpfen. Alle über sie verhängten Strafen hatten nur den einen Erfolg, daß sie bei erster geeigneter Gelegenheit zu den Russen übergingen. Mit Stolz nennt Benesch das 11., 28., 35., 36. und das 88. Regiment, welches aber bei dem Verlaufe, überzugehen, von preussischer Garde und ungarischer Kavallerie in ein Kreuzfeuer genommen wurde. Nach der Berechnung des Verfassers haben sich von 600 000 Tschechoslowaken bis Anfang 1916 ungefähr 350 000 Mann den Russen und Serben ergeben.

Freilassung Friedrich Adlers?

„Berliner Tageblatt“, 23. Januar, berichtet aus Paris: Aus Paris wird gemeldet, die österreichischen Sozialisten hätten durch Verhandlungen mit der Regierung erreicht, daß der Mörder des Grafen Stürgg, Dr. Friedrich Adler, freigelassen wird.

Blutige Krawallen in Südfrankreich

23. Bern, 24. Jan. Die „Post“, 23. Jan. berichtet: Am 16. sind in Lyon und San Etienne gleichzeitig revolutionäre Aufstände ausgebrochen. Sie hatten ihren Ursprung in Arbeiterunruhen, nahmen aber bald einen politischen Charakter an. Die Streikenden zogen durch die Straßen und verlangten Frieden. In Lyon kam es letzten Donnerstag zu blutigen Zusammenstößen vor dem Rathaus, wo die Bevölkerung die Staatsbedürfnisse belagert hielt. Sie verlangten von ihnen billigeres Lebensmittel. In Etienne waren die Ausschreitungen noch extremer Natur. Die Bevölkerung plünderte die Läden und verbrannte Villen von Großindustriellen. Am Freitag kam es zu heftigen Barrikadenkämpfen. Der Ernst der Lage läßt sich daraus erkennen, daß jeder 2. Posten der Grenzgendarmarie der Schweizer Grenze abgeordnet wurde und nach dem Zentrum der Aufstände transportiert worden ist.

„Los von der Sozialdemokratie.“

Wie auf Verabredung wird am Mittwochabend in der „Deutschen Tageszeitung“, der „Kreuzzeitung“ und der „Alldeutschen“ „Deutschen Zeitung“ die Parole ausgerufen: „Los von der Sozialdemokratie!“ Diese Aufforderung an die Parteien und von allem an die Regierung entspricht lange ge-

hegten Wünschen der Konservativen und ihrer Freunde. Ihr Streben ging schon vor dem Kriege dahin und hat während des Krieges kaum jemals geruht, die Sozialdemokratie in die schärfste Oppositionsstellung zu drängen. Jetzt glauben sie wieder einmal den Augenblick gekommen, bei der Regierung mit ihren Forderungen Gehör zu finden. Die sozialdemokratischen Abgeordneten Ebert und Scheidemann haben am Dienstag im Hauptsaal des Reichstages auf die Wirkungen hingewiesen, die die Vorgänge in Oesterreich auf die deutsche Arbeiterschaft machen müssen. Sie haben auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die daraus für Deutschland entstehen können. Diese Warnungen haben die drei oben erwähnten Blätter aus dem Häuschen gebracht. Die „Kreuzzeitung“ schreibt schlanke: „Von rechts wegen gehörten die Ebert und Scheidemann auf den Sandhaufen.“ Alle drei Blätter stimmen in der Parole überein: „Los von der Sozialdemokratie!“ Die alldeutsche „Deutsche Zeitung“ ist dabei offenerherzig oder vielleicht unvorsichtiger, deutlich auszusprechen, worauf es den Parteien der Rechten mit dieser Parole ankommt. Sie schreibt nämlich: die Lösung: „Los von der Sozialdemokratie“, erschließt den Weg zu einer neuen Regierungsmehrheit, die die bisher abseits stehenden Parteigruppen auf der rechten Seite unmittelbar bei der Entscheidung der Aufgaben der nächsten Zeit mitwirken läßt. Diese Lösung gewährt „auch Handlungsfreiheit, um die Wahlrechtsfragen in Preußen in ersprießlicher Weise zu erledigen und aus dem mit der Sozialdemokratie vereinbarten Regierungsprogramm solche Stücke, die der Sozialdemokratie zuliebe aufgenommen wurden, auszuschalten, wie vornehmlich die Aufhebung des § 152 der Reichsgewerbeordnung“. Damit hat die „Deutsche Zeitung“ offen ausgesprochen, wohin die Parteien der Rechten mit ihrer Parole los von der Sozialdemokratie zielen. Sie wollen innere Reformen verschoben und die Regierung für sich selbst günstig machen.

Der „Kreuzzeitung“, die so kampfesfreudig die Sozialdemokraten Ebert und Scheidemann auf dem Sandhaufen erscheinen lassen möchte, darf übrigens die Frage vorgelegt werden, welche Strafe sie für angebracht hält gegenüber dem General Freiherrn v. Goltz, der im Mai 1915 im Auftrag des Gesamtvolksrates des Alldeutschen Verbandes dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg für den Fall der Nichterfüllung der Wünsche der Alldeutschen mit der Revolution und dem Sturz der Monarchie drohte. Wie denkt die „Kreuzzeitung“ auch über den Fürsten zu Salzuflen, der vor einigen Wochen die unabweisbare Frage aufgeworfen hat: „Ist denn überhaupt noch damit zu rechnen, daß unser herrliches Volk weiterkämpfen wird, wenn es erleben muß, daß alle Opfer vergeblich gebracht und alle (alldeutschen) Zukunftshoffnungen begraben sind?“

Was die „Kreuzzeitung“ für die Ebert und Scheidemann als recht und billig ansieht, wird sie doch auch dem General v. Goltz und dem Fürsten Salzuflen nicht vorenthalten können, wenn anders sie nicht allerlei Recht konstruieren will.

Herford und Minden-Ravensberg.

25. Januar.

Eeltfame Kranke.

Die Verhaftung des Regierungsrats und Leiters des Oberverwaltungsamtes für den Regierungsbezirk Minden Dr. Brenske wegen Diebstahls hat bekanntlich ergeben, daß der von ihm in einem Braunschweiger Juwelierladen verübte Diebstahl nicht der einzige ist, der ihm zur Last gelegt wird. Vielmehr hat er schon vorher in einem D-Bus aus dem Koffer eines Mitreisenden Geld entwendet und außerdem in amtlicher Eigenschaft bei der Revision der Sparkasse Gütersloh Fälschungen über eine Reichsachamweisung von 20 000 M. an sich gebracht. Das letztere Vergehen hat Dr. Brenske insoweit wieder gut zu machen gesucht, als er oder seine Verwandten das Wertpapier zurückstellten und fünf Fälschungen über 2250 M., die Dr. Brenske bereits verwertet hatte aus dem Vermögen des Angeklagten relikts deckten.

Nun wird jedoch bekannt, daß der des dreifachen schweren Diebstahls verdächtige und in zwei Fällen bereits überführte Angeklagte einer Zurenanstalt zur Beobachtung seines Geisteszustandes überwiesen worden ist. Wie hierzu aus Minden mitgeteilt wird, liegt nicht der geringste Anlaß zu solch einer Maßnahme vor. Dr. Brenske hat noch bis in die letzte Zeit hinein den Eindruck eines sehr klugen, aufgeweckten und unterrichteten Mannes gemacht. Da er ein flottes Junges und lebemann war, ist er offenbar dadurch in materieller Schwierigkeiten geraten, deren er durch die ihm zur Last gelegten Diebstähle Herr zu werden suchte. Es ist also ganz unerfindlich, weshalb man sofort wieder zu dem beliebten Mittel der Einsperrung in die Zurenanstalt gegriffen hat, das bei minderbemittelten Angeklagten erst in Frage kommt, wenn die Gerichtsverhandlung die Annahme begründet erscheinen läßt, daß der Angeklagte sich zur Zeit der Begehung der ihm zur Last gelegten Straftat in einem Zustand befunden hat, der seine freie Willensbestimmung ausschloß. Zur rechten Zeit kommt nun auch aus Kronach in Oberfranken die Meldung, daß dort eine höhere Tochter ein Verhältnis mit einem verschuldeten Kriegsgefangenen Franzosen unterhalten und diesen

angeblich ohne Wissen ihrer angesehenen Familie — über acht Monate im elterlichen Hause versteckt gehalten hatte, einer Privat-Geist-anstalt übergeben wurde. Hier scheint derselbe Fall einer bedenklichen Rücksichtnahme auf die Verhältnisse der Angehörigen der Angeklagten vorzuliegen. Die Art und Weise, wie das Mädchen seine unwürdigen Beziehungen zu dem Kriegsgefangenen zu verdecken gewußt hat, läßt auf alles andere schließen als auf eine geistige Schwäche. — Nachdem heute mit Recht auch das einfachste polnische Dienstmädchen bestraft wird, wenn es sich mit einem Kriegsgefangenen einläßt, sollte man doch auch in einem Fall wie dem Kronacher jede Rücksicht fallen lassen, damit nicht am Ende die Meinung entsteht, daß noch immer mit zweierlei Maß gemessen wird.

j. Geh. Justizrat Fr. Vahle, der langjährige aufsichtsführende Richter am hiesigen Amtsgericht, ist im Alter von 65 Jahren am Mittwoch gestorben. Er erkrankte sich allgemeiner Verschattung. Um seinen Heimgang werden alle trauern, die mit ihm dienstlich und außerdienstlich zu tun gehabt haben.

23. Hindenburg gegen die Telegramm-Wut. Der Vorstand der Deutschen Vaterlandspartei erhielt folgendes Telegramm vom Generalfeldmarschall v. Hindenburg:

Großes Hauptquartier, 20. Januar 1918. In Erinnerung an die Kaiserproklamation vom 18. Januar 1871 ist mir abermals eine große Anzahl von Telegrammen aus Kreisen der Deutschen Vaterlandspartei zugegangen. Ich bin außerstande, sie im einzelnen zu beantworten, und bitte den Vorstand, meinen Dank in entsprechender Form den Ueberbringern auszusprechen zu wollen. Ich glaube mich hierin um so mehr im Einverständnis mit dem Vorstand zu befinden, als ich hierdurch eine neue Belastung des Telegraphen, der in letzter Zeit durch die Unbilden der Witterung ganz besonders in Mitleidenschaft gezogen ist, vermeiden möchte. Generalfeldmarschall v. Hindenburg. Es wäre zu wünschen, sagt die „Köln. Ztg.“, daß dieses Beispiel und dieser Wunsch des verehrten Feldmarschalls überall Beachtung fände, denn wie die Dinge liegen, ist es heute eine patriotische Tat, mit Rücksicht auf die so stark in Anspruch genommene Zeit unserer Führer und auf die Belastung des Drahtes, ein Telegramm ungeschrieben zu lassen. Hindenburg der Verehrung des deutschen Volkes zu versichern, heißt zudem, Eulen nach Athen zu tragen. Hoffentlich wird das auch in Herford endlich beachtet.

— Eine für Landwirte wichtige Entscheidung. Man schreibt der „Vöppingischen Post“: Eine wichtige Entscheidung für Landwirte fällt das Kammergericht in einem Verfahren gegen den Landwirt B., welcher im Regierungsbezirk Minden ein Gut besitzt. B. war angeklagt worden, eine unvollständige Auskunft über den Vorrat seines Getreides gegeben zu haben. Eine Revision auf dem Gut von B. förderte Getreide zu Tage, welches er in seiner vorher erteilten Auskunft nicht erwähnt hatte. Das Schöffengericht sowie die Strafkammer nahmen an, daß B. die Auskunft fahrlässig falsch erteilt habe. Diese Entscheidung steht B. durch Revision beim Kammergericht an und beantragte seine Freisprechung. Das Kammergericht hob auch das Urteil der Strafkammer auf und sprach B. gänzlich frei, indem u. a. ausgeführt wurde, die Verurteilung der Strafkammer sei erfolgt, weil B. fahrlässig eine unrichtige Auskunft über den Bestand seines Getreides gegeben habe; eine Verurteilung könne aber nur eintreten, sofern der Angeklagte Angaben gemacht habe, welche offensichtlich falsch oder unrichtig waren. Eine solche Feststellung sei aber nicht möglich gewesen. Rechtsirrig sei die Annahme, daß auch in dem Falle eine Verurteilung eintreten könne, wenn Angaben fahrlässig falsch oder unvollständig waren.

— Die Meldepflicht zum Hilfsdienst. Die Bundesratsverordnung vom 13. November 1917 über den bürgerlichen Hilfsdienst ist vielfach mißverstanden worden. Die Verordnung verfolgt den Zweck, die Nachweisungen der hilfsdienstpflichtigen Personen zu vervollständigen. Es kann keine Rede davon sein, daß die Personen, die sich auf Grund der Verordnung zu melden haben, alsbald damit rechnen müssen, zu einer anderen Beschäftigung als ihrer bisherigen herangezogen zu werden; vielmehr kann grundsätzlich jeder, der bereits im Hilfsdienst steht, seine bisherige Beschäftigung beibehalten. Es bleibt insbesondere dabei, daß Personen, welche vor dem 1. August 1916 in einem land- oder forstwirtschaftlichen Betriebe tätig waren, überhaupt nicht zu einer anderweitigen Hilfsdienstbeschäftigung herangezogen werden dürfen, und daß auch im übrigen Land- und Forstwirtschaft aus ihrer bisherigen Beschäftigung nur herausgenommen werden dürfen, wenn sich der Betrieb als überbesetzt herausstellen sollte.

1c. Die Verpflegung unserer Truppen im Felde. In der „Sozialen Praxis“ wird herangezogen, daß die Ernährung des Feldheeres und der Truppen in der Etappe nur zum kleinsten Teil aus den besetzten Gebieten gewonnen werden kann. Es gibt aus einer amtlichen Zusammenstellung Zahlen wieder, die den gewaltigen Umfang der Bedürfnisse unseres Heeres an Nahrungsmitteln aus der Heimat illustrieren. Die Kosten, die durch die Zufuhr von Nahrungsmitteln an die Truppen im Felde entstanden, betragen in den ersten zwei Kriegsjahren 5,6 Milliarden. Es läßt sich denken, daß gewaltige Verkehrsmittel zur Beförderung dieser Mengen von Nahrungsmitteln notwendig

und. Für den Nachschub der Verpflegung waren in den ersten zwei Kriegsjahren rund 8 Millionen Eisenbahnwagen nötig. Dadurch werden natürlich auch die Transport- und Verpflegungsschwierigkeiten in der Heimat ganz erheblich beeinflusst.

Die Rente über 75 Jahre erhalten bei der nächsten Milchartenausgabe Marken über 1 Pfund Gahnerloden monatlich.

Die Zufuhren an Petroleum sind auch im Laufe des Monats Dezember 1917 weit hinter den erwarteten Mengen zurückgeblieben. Die Ausschüttungen für Januar und die folgenden Monate sind daher wenig günstig. Unter diesen Umständen liegt sich das Reichswirtschaftsamt, um über den Monat Februar hinaus den dringendsten Bedarf von Heer, Behörden und Eisenbahnverwaltung, sowie der wichtigsten Industriebetriebe sicherzustellen, genötigt, für den Monat Februar 1918 eine weitere Einschränkung der Petroleumverfügung eintreten zu lassen. Die Verteilung der zur Verfügung stehenden Petroleummengen soll im Februar 1918 durch die Landesbehörden folgendermaßen durchgeführt werden: 1. Die Ausgabe von Petroleum an Handwerker soll vollständig weggelassen. 2. An Ausgleichspetroleum sollen wie bisher 21 v. H. der im August 1917 abgelieferten Mengen verteilt werden, und zwar nach dem bisherigen Verteilungsplan. 3. Der Landeszentralbehörde soll eine besondere Rücklage in Höhe von zweidrittel der im Januar als Rücklage vorgesehenen Menge zur Verfügung gestellt werden. Die hierdurch zur Verfügung stehenden geringen Mengen werden eine starke Verschärfung der Beschränkungen namentlich in der Landwirtschaft zur Folge haben. Um einem wirklichen Notstand soweit wie irgend möglich vorzubeugen, will das Reichswirtschaftsamt eine größere Menge Kerosin verarbeiten lassen und an die Landesbehörden verteilen. Da diese Kerosin einen verhältnismäßig hohen Steueringehalt aufweisen, wird ihr Preis ein etwas höherer als der zurzeit im Handel befindlichen Kerosin sein. Um der Bevölkerung über die aus dem Petroleummangel sich ergebenden Schwierigkeiten etwas hinwegzuhelfen, wird ferner auf die schon früher empfohlene Kriegsparlampe hingewiesen, die durch die Zentralstelle für Petroleumverteilung dem Handel zugänglich gemacht und für billiges Geld käuflich ist.

Die Hühnerdiebe. Eine teure Hühnerfuppe eingebrochen haben sich der 30 Jahre alte Handelsmann Carl Schröder und der 21 Jahre alte und wegen Diebstahls schon einige Mal vorbestrafte Arbeiter Hermann Kleinmann von hier, indem sie in der Nacht zum 9. Oktober v. J. aus einer verschlossenen Scheune dem Wirt M. hier zwei Hühner und drei Küken stahlen. Die Strafkammer verurteilte beide wegen gemeinschaftlichen schweren Diebstahls und zwar Kleinmann als Dieb im wiederholten Rückfall. Schröder erhielt 9 Monate und

Kleinmann 1 Jahr Gefängnis. Beide wurden sofort in Untersuchungshaft genommen.

Ant Gohfeld-Mennigbüßen.

Er. Köhne, 24. Jan. Die trotz ihrer Jugend schon einmal vorbestrafte Zigarrenarbeiterin Marie Kurlamp von Sunnebrod ist, trotzdem sie einige Zeit vorher vom Schöffengericht zu Bünde wegen Diebstahls bestraft worden war, zu Haus bei der Böhne durch ein Fenster eingestiegen und hat dort eine Bluse gestohlen. Kurze Zeit hierauf hat sie in Bielefeld das Mitleid einer Frau zu erregen verstanden und dieselbe zum Dank dafür bestohlen. Die Strafkammer verurteilte sie einschließend der noch zu verbüßenden Strafe diesmal zu einer Gesamtschuld von 4 Monaten Gefängnis.

Lippische Fürstentümer.

St. Bad Salzuflen, 24. Jan. Zur Stadtverordnetenversammlung waren erschienen: 15 Mitglieder der Versammlung, vom Magistrat: Bürgermeister Klappert und Ratsherr Hoffmann. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende einen kurzen Überblick über die Tätigkeit der Versammlung im Jahre 1917. Alsdann wurden folgende Beschlüsse gefasst: 1. Zu der Friedhofordnung hat die kaiserliche Regierung verschiedene Änderungen vorgeschlagen, die der Magistrat berücksichtigt hat. Die Versammlung ist gleichfalls mit diesen Änderungen einverstanden. 2. Der Verein der Kriegsberechtigten von Salzuflen und Umgebung ist an den Magistrat herangetreten, im Interesse der Kriegsberechtigten bezüglich Beschaffung von Wohnungseinrichtungen und Kleidungsgegenständen Schritte zu unternehmen. Der Magistrat hat den berechtigten Wünschen entsprochen, indem er zunächst für

Beschaffung von Möbeln

einen Betrag von 10 000 M bewilligt hat. Zugleich hat er beschlossen, den Vaterland, Frauenverein mit der Beschaffung von Kleidungsgegenständen zu betrauen. Die Stadtverordnetenversammlung war mit dem Magistratsbeschluss einverstanden.

Detmold, 24. Jan. Der Studiendirektor der Fürst-Leopold-Akademie, Prof. Dr. jur. Schreiber, erhielt einen ehrenvollen Ruf als ordentlicher Professor der Rechte an die Universität Gießen. Er wird ihm jedoch nicht Folge leisten, um den begünstigten Aufbau der Akademie zunächst zu Ende zu führen.

Aus Nachbarschaft und aller Welt.

Warburg, 24. Jan. Auf dem hiesigen Bahnhof wurden 15 Zentner Gahner, die gleiche Menge Karloffeln und drei große Schiefelbörse mit Fleischwaren beschlagnahmt.

Die Lebensmittel lockten aus dem Waldesdörfchen nach dem Indusriefeld geschmuggelt werden.

Die Leistungen Lettow-Vorbeck.

Neuere Rotterdamse Courant vom 18. 1. enthält den in Blomfontein (Oranje-Freistaat) erscheinenden "Vriend des Volks" folgende Bemerkungen über General von Lettow-Vorbeck: Ein Offizier in Deutsch-Südafrika gibt in einem Brief an den "Vriend des Volks" seiner Bewunderung für den deutschen Befehlshaber von Lettow-Vorbeck Ausdruck. Von einem gefangenen Offizier des deutschen Offiziers mit Namen Sprockhoff erfährt er, daß Lettow niemals nachgeben wird. Er wird von den Afrikanern verehrt und bewegt sich unter ihnen ohne ein Rangabzeichen, ist ebenso schamlos und in Kampfen geküßt wie sie und lebt von denselben Nahrungsmitteln. Die Afrikaner fingen Rinder von dem großen "Bura" (Horn) Lettow und fagen, daß er ein Weiser mit dem Herzen eines Schwarzen sei. Als ihm einige Offiziere erklärten, daß es gewiss sei, weiterzukämpfen, antwortete er, daß er sich nicht auf seine weißen Leute verlassen könne, sondern auf seine Afrikaner. Es besteht kein Zweifel, daß er einen wunderbaren Einfluß auf seine eingeborenen Truppen ausübt. Man muß seine Tapferkeit und Ausdauer bewundern, obgleich er ein Hunne ist — so führt der Korrespondent der "Vriend des Volks" fort —, und meine Achtung vor ihm ist gestiegen, als ich von mehreren Deutschen, die verhaftet in die Hände der Deutschen gefallen sind und zurückgeführt wurden, hörte, daß er immer liebenswürdig und in verschiedenen Fällen sogar freundlich gegen sie gewesen sei. Ich hoffe, daß er aus dem Leben bleiben wird, um für sein Werk belohnt zu werden, das selbst in diesen Tagen außerordentlicher Ereignisse hochgeschätzt werden und in der Geschichte fortleben muß.

Die Mutter zu Tode geprügelt.

Aus Forst wird uns berichtet: Die Lebensgeschichte einer alten hilflosen Mutter bildete den Hintergrund einer Verhandlung, in der sich ein Landwirt aus der Umgebung wegen Mißhandlung zu verantworten hatte. Der Angeklagte leitete die Wirtschaft seines Bruders, der zum Heeresdienst eingezogen worden war und hatte auch für ihre beiden Mütter zu sorgen, eine 73 Jahre alte gebrechliche Frau, die auf der Wirtschaft ihres Sohnes ihren Lebensabend verbringen wollte. Als der Angeklagte die Wirtschaft übernahm, fing er sofort mit der Mutter Streit an, die nach seiner Meinung zu wenig arbeitete. Bald kam es zu Mißhandlungen der alten Frau, jedoch die Nachbarn fast täglich Schlägen und Schreien der Geschlagenen hörten. Die Mutter klagte auch öfters der Nachbarn ihr Leid, daß ihr Sohn sie so schlecht behandle und grausam schlage. Eines Tages sah eine Nachbarin die alte Frau am Boden liegen; sie konnte sich nicht mehr erheben und starb nach 24 Stunden. Die Section der Leiche ergab, daß der Tod zwar nicht direkt infolge der Mißhandlungen eingetreten war, daß die Mißhandlungen aber den Tod beschleunigt hatten. Andernfalls wäre wohl Anklage wegen Körperverletzung mit Todeserfolg erhoben worden. — In der Verhandlung beschuldigte sich der Angeklagte äußerst gefühlslos, so sprach er von der Mutter immer nur als von der "Alten". Im Laufe der Verhandlung kam noch zur Sprache, daß sich der Angeklagte außer den täglichen

Mißhandlungen auch noch einer schamlosen, nicht wiederzugebenden Rohheit seiner Mutter gegenüber schuldig gemacht hatte. Zur Entschuldigungs für sein Verhalten führte der Angeklagte nur an, daß die alte Frau zu wenig gearbeitet und eine zu große "Klappe" gehabt habe. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einem Jahr Gefängnis.

Eine ganze Gegend ausgeharrert.

Die scharf einschneidenden Bestimmungen, durch die sich die kaiserlichen Staaten gegen die Massen-Zuwanderung aus dem Ausland zu schützen suchten, haben, namentlich natürlich bei den Betroffenen, sehr heftige Kritiken erfahren. Wie intensiv aber manche Kreise das Gammeln betreiben haben mögen und welche unerwarteten Folgen sich in manchen Gegenden daraus knüpfen, geht aus folgender Mitteilung bayerischer Blätter hervor: Das Bad Sodenhof in Unterfranken war von der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin auf mehrere Jahre gepachtet worden, um den Angestellten als Erholungsstätte zu dienen. Diese Erholungsbedürftigen, zumeist aus Norddeutschland und Berlin stammend, haben aber die Gasteinrichtung zur rücksichtslosen Gammerei mißbraucht, da sie in den langen umliegenden Lebensmitteln zu überhöhten Preisen aufkauften und an ihre Angehörigen nach Hause sandten. Die Folge war, daß der Betrieb der Erholungsstätte zu den höchsten Preisen nichts mehr kaufen konnte und eingestellt werden mußte. Die Erholungsbedürftigen wurden heimgeschickt und das Bad geschlossen. — Das Bad ist inzwischen an die Stadt Frankfurt a. M. verkauft worden, die ein Erholungsheim für kranke Kinder einrichten will.

Zwei bayerische Volksschullehrer geädelt.

Für hervorragende Kriegseinsätze sind zwei bayerische Lehrer, Rudolf und Scheerer, zu Rittern des Max-Joseph-Ordens ernannt worden. Dieser Orden, der die höchste bayerische Militärdienstauszeichnung ist, trägt, ist der höchste bayerische Militärdienstorden, mit dem außer einer ansehnlichen Pension der persönlichen Adel verbunden ist. Er entspricht etwa dem preussischen Schwarz-Adlerorden. Rudolf und Scheerer sind beide Offizier und befehlen bereits die eigene Kreis und andere hohe Auszeichnungen für Tapferkeit.

Ein Kavallerist. Wie immer vor dem Einschließen wurde erst die allgemeine Befragung und danach die Frauenfrage besprochen. Allseitige Anerkennung für die Leiden und Leistungen der Kriegerväter und Kriegerväter. Nur der Armierungssoldat Preußengeneral protestierte. — "Was ist höchstes Recht, laßt seine Braut nicht schafen so schwere Kriegsarbeit dort in den Fronten?" behauptete er. — "So, so, was hast Du denn für Deine Braut getan? Unterstützt Du sie?" fragten die Kameraden. — "Gar nichts so was dergleichen," antwortete Preußengeneral, "meine Braut ist Amme!"

(Jugend.)

Verantwortlich für den Text- und Interaktent: Fr. A. H. L. e. Gerford.

Bekanntmachung

Bese. Durchführung der Wahlen zur Handwerkskammer. Die Liste der wahlberechtigten Handwerker-Innungen und der Gewerbetreibenden, die ihren Sitz im Stadtkreis Gerford haben liegt im Rathhaus, Zimmer Nr. 54 vom 24. Januar bis 1. Februar 1918 in den Geschäftsstunden aus.

Schwaige Beschwerden gegen die Richtigkeit des Verzeichnisses sind binnen 14 Tagen nach Beendigung der Auslegung auf demselben Zimmer anzubringen. Gerford, den 19. Januar 1918.

Der Magistrat.

Hühnerfutter.

Wir haben eine kleine Menge Geflügelbäckfutter erhalten. Die Abgabe erfolgt in der Weberei Weidigen, Diebstahlstraße 42. Der Preis für 1 Pfund beträgt 30 Pf.

Gerford, den 24. Januar 1918. Der Magistrat.

Durch Bundesratsverordnung vom 3. Januar 1918 ist den Empfänger einer Invaliden-, Kranken-, Witwen-, Witwenrenten- und Witwerrente für die Zeit vom 1. Februar bis 31. Dezember 1918 eine Zulage zu ihrer Rente gewährt.

Sie beträgt: für die Empfänger einer Invaliden- und Krankenrente monatlich 8 M., für die Empfänger einer Witwen-, Witwenrenten- oder Witwerrente monatlich 4 M. Empfänger von Alters- oder Witwenrente erhalten keine Zulage.

Die Zulage wird monatlich im voraus, erstmalig am 1. Februar 1918, von derjenigen Postanstalt gezahlt, welche die Rente ausahlt, und zwar gleichzeitig mit dieser stets im vollen Betrage an den Rentenempfänger, selbst dann, wenn er nur einen Bruchteil seiner Rente, den übrigen Rententeil aber von einer anderen Stelle, z. B. einem Armenverband, erhält.

Die Zulage ist nur für volle Kalendermonate, nicht für Teile eines Monats zulässig. Beginnt die Rente z. B. am 15. Februar 1918, so beginnt die Zulage am 1. März 1918.

Bei gleichzeitiger Auszahlung für mehrere Monate, was frühestens vom 1. März 1918 in Frage kommt, ist für jeden Monat eine besondere Zulagequittung auszustellen.

Die Zulage wird ohne Antrag auf Grund der Renten-anweisung gezahlt. Zur Erhebung der Zulage werden den Rentnern und Gemeindevorsteher Quittungsvordrucke zugehen, welche diese an die Rentenempfänger auszugeben haben.

Die Vordrucke sind auch für diejenigen Rentenempfänger bestimmt, welche ihre Rentenquittungen von außerortsständigen Versicherungsanstalten erhalten. Die auf den Zulage-Vordruck stehende Versicherungs-anstalts-Nr. 11 ist alsdann handschriftlich zu ändern in die Nr., die auf den Rentenquittungen der fremden Versicherungsanstalt steht.

Gerford, den 22. Januar 1918.

Öffentlichen Bescheidungsamt.

Rohlen.

Auf Kohlenmarkte "E" können 5 Ztr. gekauft werden. Die Kohlenmarkte D bleibt vorläufig in Gültigkeit. Die Kohlenmarkte A, B und C treten am 27. ds. Mts. außer Kraft.

Die Kohlenhändler haben die erhaltenen Marken am Montag, den 28. ds. Mts., auf Zimmer Nr. 108 des Rathhauses abzugeben. Gerford, den 22. Januar 1918. Der Magistrat.

Bekanntmachung von Früchten.

Im Februar findet eine Feststellung der Bestände an allen unter die Reichsgetreideordnung fallenden Früchten statt.

Diejenigen Mengen, die dem Erzeuger zur menschlichen Ernährung, zur Fütterung und zur Saat verbleiben, sind von ihm abzugeben und getrennt zu lagern; die übrigen Vorräte sind möglichst vor der Feststellung an den Kreis abzugeben. Zugleich mit dieser Feststellung findet eine Erhebung der Vorräte an Getreide und Stroh statt.

Die Personen, die die Gegenstände in Gewahrsam haben, sowie die Betriebsleiter, sind verpflichtet, den Mitgliedern der Feststellungskommission Auskunft zu geben über alle in ihrem Gewahrsam befindlichen, ihnen oder anderen gehörigen, Vorräte, sowie über ihre in fremden Gewahrsam befindlichen Vorräte; sie haben die Vorräte den Mitgliedern der Kommission zu zeigen und zugänglich zu machen.

Zwischenverhandlungen werden bestraft; verheimlichte Vorräte werden ohne Entschädigung entzogen. Gerford, den 21. Januar 1918.

Der Landrat, v. Borries.

Anordnung.

Auf Grund der §§ 12, 15 und 17 der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Verordnungsregelung vom 25. 9. 1915/4. 11. 1915 (R. G. Bl. S. 607/728) des Artikels 1 der Bekanntmachung zur Ergänzung dieser Bekanntmachung vom 6. Juli 1916 (R. G. Bl. S. 673) und der Ausführungsbestimmungen hierzu vom 19. Juli 1916 — II b 8440 — wird folgendes bestimmt:

§ 1. Alle Gewerbetreibenden, welche Bier aus-schenken, sind verpflichtet, in ihrem Geschäftsbereich die einzelnen Arten und Mengen des zum Ausschank gelangenden Bieres, Erfrischendes oder hierähnlichen Getränke sowie bei einer Mischung von Bier mit Erfrischend oder hierähnlichen Getränken die Art der Vermischung und das ungefähre Verhältnis derselben (z. B. halb und halb) an einer für die Gäste sichtbaren Stelle mit dem Verkaufspreis anzugeben.

§ 2. Zwischenverhandlungen werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft.

§ 3. Die Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft. Minden, den 14. Januar 1918.

Der Regierungs-Präsident, v. Campe.

Vorstehende Anordnung wird hiernit zur öffentlichen Kenntnis gebracht. Gerford, den 22. Januar 1918.

Die Polizeivorstandung.

Friedrichs-Gymnasium.

Der Geburtstag

S. M. des Kaisers wird vom Friedrichs-Gymnasium am Sonnabend, den 26. Jan., 11 Uhr, durch eine Schulleier festlich begangen.

Die Festrede hält Herr Professor Hagemann. Alle Angehörigen und Freunde der Anstalt sind hierzu freundlichst eingeladen.

Im Namen des Lehrerkollegiums

am Friedrichs-Gymnasium:

Denecke, Gymnasialdirektor.

Strohhüte

zum Waschen und Modernisieren erbiten umgehend

Heinrich Pracht & Co.



Generalversammlung

am Sonnabend, den 26. d. Mts., 8 1/2 Uhr abends, im Vereinslokal.

1. Jahresbericht.
2. Kassenbericht.
3. Vorstandsbericht.
4. Verschiedenes.

In der Kaisergeburtstagsfeier am Sonntag vorm. 10 Uhr in der Mädelkirche. Auftreten 9 1/2 Uhr im Vereinslokal.

Der Vorstand.

Husten, Atemnot, Verschleimung. Schreibe allen Leidenden gerne umsonst, womit ich mich von meinem schweren Lungenleiden selbst befreie.

Frau Kürschner, Hannover, Osterstr. 40. — Rückmark erwünscht.

Piano

gut erhalten, zu verkaufen. Nachstr. in der Geschäftsstelle. d. Ztg. unter Nr. 2058.

Neu eingetroffen:

Guss. Kochmaschinen, Dauerbrandöfen, Winter's Germanen, guss. Kochtöpfe, emaill. Kochtöpfe, Eimer, Füllen usw., Kaffeebrenner 1 1/2 u. 2 Pfd. Pickerplatten von 3.50 M. an

Carl Dürkopp, Lübbelstraße.

Ziegen

zum Schlachten u. milchgebende laufs zu allerhöchsten Preisen Julius Löwenstern.

Kaffee

ist eingetroffen und wird nachmittags zwischen 2-5 Uhr in der Wödelmannschen Fabrik, Wödelmannstraße 4, abgegeben. Der Verkauf erfolgt nur an Mitglieder.

Dt. n. Gartenbau-Verein Gerford.

Mädchen

für halbe oder ganze Tage für Haushalt gesucht. Stübbergstr. 69 parterre.

Junges Mädchen

für meinen Haushalt zum 1. April 1918 gesucht. Angebote unter Nr. 3039 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Wohnung

von 2 Zimmern sofort od. zum 1. April nebst Zubehör zu vermieten. Bodenhäuserstraße 29.

Wohnung

von 4-5 Zimmern mögl. mit Stall im Preise von 300 Mk. zum 1. April zu mieten gesucht. Nachfragen Fabricius, Bodenhäuserstraße 36.

Wohnung

Suche für April

(5 bis 6 Zimmer) mögl. in ruhiger u. Garten-landschaft. Minder- oder Einzimmerstrasse bevorzugt. Angebote unter Nr. 3097 an die Geschäftsstelle d. Ztg. erb.

Wohnung

Suche für meinen Sohn, welcher die Opera aus der Schöpfung gekommen ist, eine Stelle als Gärtnerlehrling. Nachfragen unter Nr. 3091 in der Geschäftsstelle d. Ztg.

Wohnung

Suche für April

(5 bis 6 Zimmer) mögl. in ruhiger u. Garten-landschaft. Minder- oder Einzimmerstrasse bevorzugt. Angebote unter Nr. 3097 an die Geschäftsstelle d. Ztg. erb.

Wohnung

Suche für April

(5 bis 6 Zimmer) mögl. in ruhiger u. Garten-landschaft. Minder- oder Einzimmerstrasse bevorzugt. Angebote unter Nr. 3097 an die Geschäftsstelle d. Ztg. erb.

Wohnung

Suche für April

(5 bis 6 Zimmer) mögl. in ruhiger u. Garten-landschaft. Minder- oder Einzimmerstrasse bevorzugt. Angebote unter Nr. 3097 an die Geschäftsstelle d. Ztg. erb.

Wohnung

Suche für April

(5 bis 6 Zimmer) mögl. in ruhiger u. Garten-landschaft. Minder- oder Einzimmerstrasse bevorzugt. Angebote unter Nr. 3097 an die Geschäftsstelle d. Ztg. erb.

Wohnung

Suche für April

(5 bis 6 Zimmer) mögl. in ruhiger u. Garten-landschaft. Minder- oder Einzimmerstrasse bevorzugt. Angebote unter Nr. 3097 an die Geschäftsstelle d. Ztg. erb.

Wohnung

Suche für April

(5 bis 6 Zimmer) mögl. in ruhiger u. Garten-landschaft. Minder- oder Einzimmerstrasse bevorzugt. Angebote unter Nr. 3097 an die Geschäftsstelle d. Ztg. erb.

Wohnung

Suche für April

(5 bis 6 Zimmer) mögl. in ruhiger u. Garten-landschaft. Minder- oder Einzimmerstrasse bevorzugt. Angebote unter Nr. 3097 an die Geschäftsstelle d. Ztg. erb.

Wohnung

Suche für April

(5 bis 6 Zimmer) mögl. in ruhiger u. Garten-landschaft. Minder- oder Einzimmerstrasse bevorzugt. Angebote unter Nr. 3097 an die Geschäftsstelle d. Ztg. erb.

Wohnung

Suche für April

(5 bis 6 Zimmer) mögl. in ruhiger u. Garten-landschaft. Minder- oder Einzimmerstrasse bevorzugt. Angebote unter Nr. 3097 an die Geschäftsstelle d. Ztg. erb.

Wohnung

Suche für April

(5 bis 6 Zimmer) mögl. in ruhiger u. Garten-landschaft. Minder- oder Einzimmerstrasse bevorzugt. Angebote unter Nr. 3097 an die Geschäftsstelle d. Ztg. erb.

Wohnung

Suche für April

(5 bis 6 Zimmer) mögl. in ruhiger u. Garten-landschaft. Minder- oder Einzimmerstrasse bevorzugt. Angebote unter Nr. 3097 an die Geschäftsstelle d. Ztg. erb.

Wohnung

Suche für April

(5 bis 6 Zimmer) mögl. in ruhiger u. Garten-landschaft. Minder- oder Einzimmerstrasse bevorzugt. Angebote unter Nr. 3097 an die Geschäftsstelle d. Ztg. erb.

Wohnung

Suche für April

(5 bis 6 Zimmer) mögl. in ruhiger u. Garten-landschaft. Minder- oder Einzimmerstrasse bevorzugt. Angebote unter Nr. 3097 an die Geschäftsstelle d. Ztg. erb.

Wohnung

Suche für April

(5 bis 6 Zimmer) mögl. in ruhiger u. Garten-landschaft. Minder- oder Einzimmerstrasse bevorzugt. Angebote unter Nr. 3097 an die Geschäftsstelle d. Ztg. erb.

Wohnung

Suche für April

(5 bis 6 Zimmer) mögl. in ruhiger u. Garten-landschaft. Minder- oder Einzimmerstrasse bevorzugt. Angebote unter Nr. 3097 an die Geschäftsstelle d. Ztg. erb.

Wohnung

Suche für April

(5 bis 6 Zimmer) mögl. in ruhiger u. Garten-landschaft. Minder- oder Einzimmerstrasse bevorzugt. Angebote unter Nr. 3097 an die Geschäftsstelle d. Ztg. erb.

Wohnung

Suche für April

(5 bis 6 Zimmer) mögl. in ruhiger u. Garten-landschaft. Minder- oder Einzimmerstrasse bevorzugt. Angebote unter Nr. 3097 an die Geschäftsstelle d. Ztg. erb.

Wohnung

Suche für April

(5 bis 6 Zimmer) mögl. in ruhiger u. Garten-landschaft. Minder- oder Einzimmerstrasse bevorzugt. Angebote unter Nr. 3097 an die Geschäftsstelle d. Ztg. erb.

Wohnung

Suche für April

(5 bis 6 Zimmer) mögl. in ruhiger u. Garten-landschaft. Minder- oder Einzimmerstrasse bevorzugt. Angebote unter Nr. 3097 an die Geschäftsstelle d. Ztg. erb.

Wohnung

Suche für April

(5 bis 6 Zimmer) mögl. in ruhiger u. Garten-landschaft. Minder- oder Einzimmerstrasse bevorzugt. Angebote unter Nr. 3097 an die Geschäftsstelle d. Ztg. erb.

Wohnung

Suche für April

(5 bis 6 Zimmer) mögl. in ruhiger u. Garten-landschaft. Minder- oder Einzimmerstrasse bevorzugt. Angebote unter Nr. 3097 an die Geschäftsstelle d. Ztg. erb.

Wohnung

Suche für April

(5 bis 6 Zimmer) mögl. in ruhiger u. Garten-landschaft. Minder- oder Einzimmerstrasse bevorzugt. Angebote unter Nr. 3097 an die Geschäftsstelle d. Ztg. erb.

Wohnung

Suche für April

(5 bis 6 Zimmer) mögl. in ruhiger u. Garten-landschaft. Minder- oder Einzimmerstrasse bevorzugt. Angebote unter Nr. 3097 an die Geschäftsstelle d. Ztg. erb.

Wohnung

Suche für April

(5 bis 6 Zimmer) mögl. in ruhiger u. Garten-landschaft. Minder- oder Einzimmerstrasse bevorzugt. Angebote unter Nr. 3097 an die Geschäftsstelle d. Ztg. erb.

Wohnung

Suche für April

(5 bis 6 Zimmer) mögl. in ruhiger u. Garten-landschaft. Minder- oder Einzimmerstrasse bevorzugt. Angebote unter Nr. 3097 an die Geschäftsstelle d. Ztg. erb.

Wohnung

Suche für April

(5 bis 6 Zimmer) mögl. in ruhiger u. Garten-landschaft. Minder- oder Einzimmerstrasse bevorzugt. Angebote unter Nr. 3097 an die Geschäftsstelle d. Ztg. erb.

Wohnung